

QueerWeg

**Landtagswahl
Thüringen
30.08.2009**



Wahlprüfsteine
(Kurzfassung)

Dr. Gudrun Lukin (DIE LINKE)

Der Freistaat muss die Gleichstellung Eingetragener Partnerschaften verwirklichen. Die Standesämter sollten flächendeckend für die Eintragung der Partnerschaften zuständig sein.

Die Gleichstellung [im Thüringer Landesrecht] ist überfällig. Der Gesetzentwurf zur Anpassung an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes von Januar 2009 bietet dazu eine gute Grundlage für weitere parlamentarische Initiativen.

Die Bildungsprogramme sollten zur Erzeugung eines gesellschaftlichen Klimas beitragen, das durch Toleranz, Respekt und gegenseitiger Achtung geprägt ist. Die Information und eine vorurteilsfreie Erziehung in der Schule ist die eine Seite, die andere ist die Beseitigung von gesetzlichen Hürden, die verwirklichte Gleichstellung, Chancengleichheit und Teilhabe aller, ungeachtet ihrer sexuellen Identität.

Norbert Plandor (Freie Wähler in Thüringen)

Um eine Gleichstellung zu erreichen, werden sich die Freien Wähler für eine Aufhebung der Öffnungsklausel einsetzen. Lebenspartnerschaften sollten vor jedem Standesamt geschlossen werden können.

Die Freien Wähler werden sich für eine Gleichstellung von Homosexuellen in den Thüringer Gesetzen einsetzen. Wenn gleich, dann richtig gleich. Sachliche Gründe für eine Differenzierung gibt es nicht.

Im Geschichts-, Sozial-, Rechts- und Ethikunterricht sollte auch die Geschichte der Homosexuellenbewegung und die jetzige Situation Teilbereich der Lehrpläne, mithin des Unterrichts, sein. Selbstredend gehört dieser Bereich auch in die Schulbücher hinein. Die Lehrkräfte sollten angehalten werden, Gesprächskreise zwischen Schülerinnen und Schülern als auch den Homosexuellen in Unterricht zu ermöglichen.

Auch hier gilt der Grundsatz „wenn gleich, dann richtig gleich“. Es muss eine Gleichstellung in allen gesetzlichen Regelungen erfolgen. Gegen eine Ergänzung des Gleichheitsartikels im Grundgesetz um das Regelungsmerkmal „sexuelle Identität“ ist nichts einzuwenden. Eine Notwendigkeit zur Klarstellung besteht allerdings dann nicht, wenn die Gleichheit nicht mehr in Frage gestellt ist.

Jochen Staschewski (SPD)

Ja [wir planen die Einführung der landesweiten Begründung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften in Standesämtern]

Sexuelle Vielfalt und gleichgeschlechtliche Lebensweisen müssen als wichtige Themen stärker als bisher Eingang in die Lehrplanentwicklung und -gestaltung, in die Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien und Aufgabenstellungen finden. Die schulische Unterrichtsgestaltung soll zudem durch außerschulische Jugend- und Bildungsarbeit, durch Aufklärungs- und Toleranzprojekte ergänzt und abgerundet werden.

Wir wollen eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften mit der Ehe gleichstellen und bestehende Benachteiligungen abschaffen. Dies schließt die Ergänzung des Gleichheitsartikels im Grundgesetz ein. Weiterhin werden wir den Respekt gegenüber Homosexuellen, Bisexuellen und Transgendern fördern und damit helfen, Vorurteile in der Gesellschaft abzubauen.

Reyk Seela (CDU)

Mein persönlicher Grundsatz und nach meiner Auffassung auch der CDU ist es, dass jeder Mensch, jedes einzelne Individuum seinen Weg finden und beschreiten muss, auf dem er/es denkt, ein glückliches Leben führen zu können. Oder anders gesagt: seit fast 20 Jahren haben wir in diesem Teil Gott sei Dank die FREIHEIT, diese Lebensmaxime auch umsetzen zu können. In diesem Sinne sehe ich auch die persönliche Lebensplanung der Homosexuellen in Thüringen bzw. Jena.

Ich meine, dass gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften die gleichen Rechte und Möglichkeiten (z.B. auch in allen Rechtsangelegenheiten – Erbschaftsrecht, Arbeitsrecht ...) erhalten müssen.

NUR mit einer Ausnahme und dies ist meine persönliche Auffassung: Bei Adoptions-, Kindschafts- und Sorgerecht halte ich nichts davon, dass Kinder in einer homosexuellen Lebenspartnerschaft aufwachsen. Nicht weil glaube, dass Homosexuelle diese Aufgabe nicht meistern können. Nein. Sondern weil das Leben, die Realität eine andere ist. Ich befürchte, dass Kinder dieser Partnerschaften sehr viel unter ihren Altersgenossen ausstehen haben. Das Glück der „Eltern“ wird somit auf dem Rücken der Kinder ausgetragen. Kinder sind nun einmal so wie sie sind.

Astrid Rothe-Beinlich (Bündnis 90/Die Grünen)

Für uns ist die bestehende Praxis, dass Eingetragene Lebenspartnerschaften nur in kreisfreien Städten vor dem Standesamt geschlossen werden, eine Diskriminierung.

Unser Motto lautet: Lebensrealitäten anerkennen und Gleichstellung Wirklichkeit werden lassen. Unsere Landesregierung ist fest davon überzeugt, dass hier kein Handlungsbedarf besteht. Diese Einschätzung ist falsch und trägt zu einer Verstärkung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare bei.

Wir treten dafür ein, dass Lehrpläne in den Schulen um Themen wie die Vielfalt sexueller Identitäten und Lebensweisen, die Geschichte Homosexueller in Deutschland und Menschenrechtsbildung auch in Bezug auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intersexuelle Menschen erweitert werden. Sowohl in Unterrichtsinhalten als auch im Schulalltag muss deutlich werden: Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intersexuelle Menschen sind Teil der gesellschaftlichen Vielfalt, sie sind gleichwertig und gleichberechtigt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen für die volle rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren nach dem Grundsatz "gleiche Rechte, gleiche Pflichten". Wir haben in dieser Wahlperiode zahlreiche parlamentarische Initiativen zur Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaften, insbesondere auch im Erbschafts-, Einkommensteuer- und Beamtenrecht sowie beim Adoptionsrecht gestartet.

Im Gleichheitsartikel unserer Verfassung muss endlich ergänzt werden, dass niemand wegen der sexuellen Identität diskriminiert werden darf. Die Nichterwähnung des Merkmals "sexuelle Identität" in Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz beeinträchtigt bis heute die rechtliche Situation von Lesben und Schwulen. Das zeigen Urteile zum Lebenspartnerschaftsrecht, die die Ungleichbehandlung z.B. im Beamtenrecht unter anderem damit rechtfertigen.

**Alle Antworten in kompletter Länge:
www.QUEERWEG.de**

schwul-lesbischer Verein für Jena und Umgebung

Postfach 100202, 07702 Jena; gemeinnütziger Verein laut vorläuf.

Bescheinigung Nr. 161/142/30654, Finanzamt Gera (25.04.2008)